

Aufrüstung um jeden Preis



Es ist vor allem ein Zugeständnis an US-Präsident Donald Trump: Die NATO-Staaten haben angekündigt, künftig dauerhaft fünf Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für militärische Zwecke auszugeben. Was harmlos klingt, hat gravierende Folgen für Deutschland. In einigen Jahren könnte fast jeder zweite Euro aus dem Bundeshaushalt in Rüstung, Militär und kriegsrelevante Infrastruktur fließen!

Bereits bis zum Ende dieser Legislaturperiode wollen Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und sein Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) den Verteidigungshaushalt nahezu verdreifachen – auf unvorstellbare 152 Milliarden Euro im Jahr. Aus den laufenden Einnahmen ließe sich dies gar nicht finanzieren. Die Folge: Neue Milliardenschulden auf Kosten künftiger Generationen. Allerdings wird es die nur für

Rüstung und Militär geben. Während der Bundesrechnungshof dort bereits vor einer »Geld spielt keine Rolle«-Mentalität warnt, verweist Klingbeil bei allen anderen Themen auf die klamme Kassenlage.

»Das wird Menschenleben kosten«

So sollen die Etats für Umwelt, Familien, Bildung und Forschung trotz gewaltiger Aufgaben stagnieren. Auch eine nachhaltige Lösung für die unterfinanzierten Sozialsysteme – allen voran die Kranken- und Pflegeversicherungen – ist nicht in Sicht. All das hat unabsehbare Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die humanitäre Hilfe will Klingbeil mehr als halbieren (minus 1,2 Milliarden Euro); beim Entwicklungsministerium (BMZ) rund 940 Millionen Euro streichen.

Friedrich Merz
im Cockpit eines
Eurofighters
Foto: dpa

Michael Herbst, der Vorstandsvorsitzende des Entwicklungsverbandes VENRO findet dafür klare Worte: »Dieser Schritt wird Menschenleben kosten, weil dringend benötigte Hilfe nicht bereitgestellt werden kann«.

Immer schnelleres Wettrüsten

Doch Militarisierung geht vor, alles andere muss sich unterordnen. »Die Kriegstüchtigkeit ... zu erhöhen, und zwar so schnell es geht, ist das oberste Gebot der Stunde«, sagt Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD). Nur: Wohin soll das führen? Schon jetzt steigen die weltweiten Rüstungsausgaben so schnell wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. Krieg und militärische Gewalt drohen wieder zum Mittel der Wahl bei der Klärung politischer Fragen zu werden. Die Aufrüstungspläne der NATO heizen diese gefährlichen Entwicklungen weiter an. Sieht so eine Politik aus, die Frieden und Sicherheit für uns alle schafft?

»Bevor willkürlich gegriffene astronomische Milliardensummen in die Welt gesetzt und neue NATO-Ziele festbetoniert werden, muss erst mal die Frage kritisch diskutiert werden, welcher militärische

Aufwand überhaupt notwendig ist«, sagt der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. Russlands Krieg gegen die Ukraine, die Kriege im Nahen Osten, die Krise der internationalen Ordnung – all das verlangt eine Reaktion der europäischen Staaten. Doch dazu gehören eine nüchterne Bedrohungsanalyse und eine weitsichtige Wahl der Mittel.

Keine Antwort auf Zukunftsfragen

Ohne Rüstung Leben lehnt die maßlose Erhöhung der Rüstungsausgaben in Europa klar ab. Aufrüstung ist keine geeignete Antwort auf die zentralen Zukunftsthemen unserer Zeit! Wir setzen uns weiter für eine nachhaltige Friedens- und Sicherheitspolitik ein, die auf Diplomatie, Rüstungskontrolle, zivile Krisenprävention und internationale Zusammenarbeit setzt. Mit unserem Faktencheck »Mythen der Militarisierung« und unserem Musterbrief zum Bundeshaushalt 2025 können Sie diese Position jetzt unterstützen.

Simon Bödecker

Unseren Musterbrief zum Bundeshaushalt 2025 finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Mythen der Militarisierung

Behauptungen zur Aufrüstung im Faktencheck



**Mythen
der Militarisierung**

Weit verbreitete Behauptungen
IM FAKTENCHECK

Europa steht vor der größten Aufrüstung seit Jahrzehnten. Bald könnte **fast jeder zweite Euro aus dem deutschen Bundeshaushalt** in Militär und kriegsrelevante Infrastruktur fließen.

In Medienkommentaren und politischen Debatten heißt es, diese Aufrüstung sei zwingend nötig. **Aber sind die Fakten wirklich so eindeutig?**

»Die Bundeswehr wurde kaputtgespart«. »2029 könnte Russland Europa angreifen«. Solche Sätze fallen oft, wenn versucht wird, die geplante Aufrüstung zu rechtfertigen. Wir haben diese und weitere Behauptungen einem Faktencheck unterzogen und die wichtigsten Ergebnisse und Gegenargumente in unserem neuen Faltblatt »Mythen der Militarisierung« veröffentlicht.

Bestellen Sie kostenlose Faltblätter zum Verteilen und Auslegen bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711 608396, orl-info@gaia.de.

Mehr Informationen und alle Quellen unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Vertrauensvoller Dialog

50 Jahre *Schlussakte von Helsinki*

Am 1. August 1975 endete die erste Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Zwei Jahre hatten die harten Verhandlungen gedauert; spöttisch längst abgekanzelt als »endlose diplomatische Schlacht ohne Bedeutung«. Doch der lange Atem zahlte sich aus: Das Abschlussdokument – die *Schlussakte von Helsinki* – legte den Grundstein für Dialog und Vertrauensaufbau. Und leitete damit das Ende des Eisernen Vorhangs ein.

Mühsam errungenes Vertrauen zerstört

Heute liegt das Ziel gemeinsamer Sicherheit in Europa so fern wie schon lange nicht mehr. Es ist eine Katastrophe für unseren Kontinent, dass Wladimir Putins Russland sich weder an das Völkerrecht noch an Vereinbarungen wie das Budapester Memorandum gebunden fühlt. Gleichzeitig zeigen die Vorwürfe rund um die NATO-Osterweiterung und den INF-Vertrag, wie schändlich die vorhandenen Sicherheitsstrukturen seit den frühen 2000er-Jahren missachtet wurden: Dialogräume wie die OSZE und die vereinbarten Prinzipien zur Beilegung

von Konflikten wurden von beiden Seiten nicht genutzt. Überheblichkeit und Machtspiele haben mühsam errungenes Vertrauen zerstört.

Gemeinsame Sicherheit muss das Ziel bleiben

Auch bei enormen politischen und moralischen Differenzen sind Verhandlungen möglich. Und sie können wichtige Veränderungen anstoßen! Das sind die zentralen Lehren aus der KSZE. Es ist erschreckend, wie leichtfertig heute jeder Versuch einer Debatte darüber – zuletzt etwa mit dem *Manifest* aus der SPD – abgewürgt und delegitimiert wird. Anlässlich des 50. Jahrestages der *Schlussakte von Helsinki* fordert Ohne Rüstung Leben daher ein Umdenken von Politik, Medien und Gesellschaft: Wer nicht in einem waffenstarrten Kontinent der ewigen Konfrontationen leben will, muss auf Diplomatie setzen. Nur so sind das langfristige Ziel einer neuen Friedensordnung und der Aufbau stabiler Strukturen der gemeinsamen Sicherheit in Europa erreichbar.

Simon Bödecker

Bundeskanzler Helmut Schmidt (links), der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker und US-Präsident Gerald Ford in Helsinki
Foto: dpa

Stichwort: Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Auf der ersten KSZE von 1973 bis 1975 einigten sich 35 Staaten mitten im Kalten Krieg auf Grundregeln der Beziehungen, gemeinsame Prinzipien und die friedliche Regelung von Streitfällen. Der Dialog blieb zunächst brüchig und war von Rückschlägen geprägt; doch regelmäßige Folgekonferenzen führten zu politischer Annäherung und Vertrauensaufbau.

Auf der Sondergipfelkonferenz 1990 wurde schließlich die *Charta von Paris* unterzeichnet. Sie gilt als Startpunkt einer Neugestaltung der gesamteuropäischen Sicherheit. Aus der KSZE ging die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hervor; mit 57 Mitgliedsstaaten bis heute die größte regionale Sicherheitsorganisation der Welt.



Argumente gegen Militarisierung wirkungsvoll einsetzen

Fachtag »Streitbar für den Frieden«



Gemeinsam mit dem Bund für Soziale Verteidigung und weiteren lokalen Partnern veranstaltet Ohne Rüstung Leben am 18. Oktober 2025 in Heidelberg den Fachtag »Streitbar für den Frieden: Argumente gegen Militarisierung wirkungsvoll einsetzen«.

Das Programm beginnt mit einer inhaltlichen Einordnung der aktuellen Militarisierung in Deutsch-

land und weltweit. Anschließend zeigt ein kommunikationspsychologischer Vortrag, welche Auswirkungen es hat, wenn wir auf unterschiedliche Art und Weise über sicherheitspolitische Fragen sprechen. Was verstärkt Angst und Ablehnung? Und wie geht konstruktive Kommunikation?

Am Nachmittag wird es praktisch: In interaktiven Übungen tauschen die Teilnehmenden

Argumente aus und erproben sie in verschiedenen Gesprächssituationen.

Der Fachtag findet am Samstag, 18. Oktober 2025 von 10:00 bis 17:00 Uhr in der Jugendherberge Heidelberg statt. Es fällt ein Teilnahmebeitrag von 40 Euro an. Aktuelle Informationen und den Link zur Anmeldung finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Appell gegen die Kriegstüchtigkeit

Bestseller zur Wehrpflicht-Debatte



Covergrafik:
Rowohlt Verlag

Kommt die Wehrpflicht bereits nächstes Jahr wieder? Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius will zumindest die Voraussetzungen dafür schaffen, den Pflichtdienst zügig wieder einzusetzen, wenn es nicht gelingt, auf freiwilliger Basis rund 60.000 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten zu rekrutieren. In der Debatte geht es viel um Kapazitäten und Wehrfähigkeit – die unmittelbar betroffene Generation kommt jedoch kaum zu Wort.

Umso wichtiger ist das Buch *Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde* von Ole Nymoén. Schonungslos stellt der Bestseller-Autor den aktuellen Diskurs in Frage: Wie steht es wirklich um

die gesellschaftliche Solidarität, die jetzt von jungen Menschen eingefordert wird? Sind die Sicherheitsinteressen von Politik und Staat tatsächlich auch jene der Bevölkerung? Und wem nutzt ein Krieg, in den junge Menschen letztlich gezwungen würden?

Man muss seine Sicht im Einzelnen gar nicht immer teilen, um in dem Buch eine große Bereicherung für die Debatte zu sehen: Nymoén fordert selbstbewusst das Recht auf eine individuelle Haltung zum Dienst an der Waffe ein. Damit gibt der 27-jährige seiner Generation eine deutlich vernehmbare Stimme.

Simon Bödecker

Riesiger Andrang und viel Zuspruch

Ökumenisches Friedenszentrum zum Kirchentag in Hannover



Mit dem Ökumenischen Friedenszentrum haben Friedensorganisationen während des Evangelischen Kirchentages 2025 in Hannover ein starkes Zeichen gesetzt. Unser Ziel, eine deutliche Stimme gegen die Militarisierung von Politik und Gesellschaft hörbar zu machen, wurde mehr als erreicht.

»Die Veranstaltungen waren überfüllt; es kamen viele Besucher und Besucherinnen zu den Bibelarbeiten, Vorträgen und Workshops. Sicher auch, weil sie vergleichbare Veranstaltungen im offiziellen (Kirchentags-)Programm vermissen«, berichtet Jan Gildemeister, Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF). Es habe sich gezeigt, dass es richtig und wichtig war, während des Kirchentages zu diesem Angebot einzuladen.

Unabhängige Synode verabschiedet Friedensruf

Die unabhängige Friedenssynode, die im Rahmen des Friedenszentrums stattfand, richtete einen Friedensruf an Kirche, Politik und

Gesellschaft. Er verweist auf das Christus-Wort »Selig sind, die Frieden stiften«, erinnert an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 80 Jahren und mahnt zur Friedensfähigkeit angesichts der aktuellen Kriege.

»Das ist ein gutes Zeichen: Das Volk Gottes kommt zusammen und fordert auf zum Frieden«, freute sich Margot Käßmann, die Schirmfrau der Friedenssynode. »Unsere Perspektiven werden auf Widerspruch stoßen!«, betonte Jochen Cornelius-Bundschuh, der Vorsitzende der AGDF, in seinem Impuls beim Friedenszentrum. Daher sei es wichtig, die inhaltliche Auseinandersetzung zu suchen und gerade mit jenen Menschen ins Gespräch zu kommen, die andere Meinung sind.

Austausch zur Entwicklung der Friedensethik

Cornelius-Bundschuh rief dazu auf, die Menschen zu sehen und die Opfer zu Wort kommen zu lassen, statt nur Zahlen über

Rüstungsausgaben, Soldaten, Tote und Verletzte zu betrachten. In der Ukraine und in anderen Konfliktregionen brauche es Friedensperspektiven über den Krieg hinaus, denn ein gerechter Frieden lasse sich militärisch weder erreichen noch sichern.

Auf dem Programm des Friedenszentrums stand auch ein Austausch mit Landesbischof Friedrich Kramer, dem Friedensbeauftragten der EKD, zur Entwicklung der Friedensethik in den letzten Jahren. Ergänzend wurden Bibelarbeiten und zahlreiche Workshops zu aktuellen Themen angeboten. Ohne Rüstung Leben gehört zu den Organisationen, die das Ökumenische Friedenszentrum und die unabhängige Friedenssynode unterstützt und mitfinanziert haben.

Simon Bödecker

Den Ökumenischen Friedensruf und weitere Informationen finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Landesbischof Friedrich Kramer (links) und Teilnehmende der unabhängigen Friedenssynode
Fotos: Peter Dietrich

Neue Normalität für die Rüstungsindustrie?

Unsere Kritik an deutschen Rüstungskonzernen

Vor den Hauptversammlungen von Rheinmetall, Hensoldt und Daimler Truck im Mai 2025 hat Ohne Rüstung Leben gemeinsam mit Partnerorganisationen ein ausführliches Briefing herausgegeben, das unsere Kritik an den Rüstungskonzernen begründet. Hier fassen wir die Kernaussagen zusammen.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, potenziell unbegrenzte Rüstungsausgaben und ein unberechenbarer Donald Trump im Weißen Haus: Angesichts der enormen Herausforderungen für Frieden und Sicherheit in Europa verengt sich der Blick vieler in Politik, Medien und Gesellschaft auf eine einseitige Logik der Hochrüstung. Damit einher gehen weitreichende Zugeständnisse.

Neue Normalität?

Die deutsche Rüstungsindustrie weiß diese Lage für ihre Profite und ihr Image zu nutzen. So lag der Aktienwert der Rheinmetall AG im Februar 2022 bei unter 100 Euro; im Mai 2025 betrug er fast 1.900 Euro! Der Aktienwert der Hensoldt AG hat sich seit Februar 2022 mehr als verachtfacht und Daimler Truck will sein Rüstungsgeschäft ausbauen. Die Industrie präsentiert sich nicht nur als nachhaltiger Sicherheitsgarant, sondern auch als Retter einer schwächelnden deutschen Wirtschaft und sympathischer Sportsponsor von nebenan. Dies gehöre zur »neuen Normalität«.

Besonders profitable Geschäfte

Rüstungsunternehmen sind jedoch keine Heilsbringer: Sie bauen Waffen und verdienen Geld damit! Aktuell sind Geschäfte mit der Ukraine oder der Bundeswehr besonders profitabel. Doch die Rüstungsindustrie wird auch in Zukunft nicht nur Demokratien und völkerrechtswidrig angegriffene Staaten beliefern. In der aktuellen Debatte gerät dies leider zunehmend in Vergessenheit. Deshalb braucht es eine Zivilgesellschaft, die hinschaut! Als Kritische Aktionärinnen und Aktionäre haben

wir Rheinmetall, Hensoldt und Daimler Truck auf ihren Hauptversammlungen mit unserer Kritik konfrontiert. Dabei wurde deutlich: Deutsche Rüstungsunternehmen halten weiterhin an hochproblematischen Geschäftspraktiken fest.

Hochproblematische Praktiken

Rheinmetall beteiligt sich am Bau des F-35A-Tarnkappenbombers – dem künftigen Trägersystem für US-Atombomben in Deutschland. Hensoldt beschwichtigt in Bezug auf eine mögliche Kooperation mit einem Unternehmen der wegen Embargobrüchen umstrittenen EDGE-Gruppe – schließt die Zusammenarbeit aber nicht aus. Und Daimler Truck legte die Empfängerländer seiner Militärfahrzeuge für 2024 erst gar nicht mehr offen. 2023 waren darunter etwa Staaten wie Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien. Solche Lieferungen an menschenrechtsverletzende oder völkerrechtswidrig agierende Staaten und die Verstärkung der Gefahr einer nuklearen Eskalation haben mit Nachhaltigkeit und Sicherheit nichts zu tun.

Charlotte Kehne

Weitere Informationen und das ausführliche Briefing *Neue Normalität? Unsere Kritik an Rheinmetall, Hensoldt und Co* finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/rheinmetall.



»Mehr vom Gleichen, nur schlimmer«

Die Militarisierung Europas wird weiter vorangetrieben

Auch in Brüssel stehen die Zeichen auf Militarisierung: Die EU-Kommission ruft nach Wiederaufrüstung und der Verteidigungskommissar legt ein Weißbuch zur europäischen Verteidigung vor – alles innerhalb weniger Wochen.

»Wir befinden uns in einer Ära der Aufrüstung.« Mit diesen Worten präsentierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im März 2025 den »ReArm Europe«-Plan. Dieser ist mittlerweile in »Readiness 2030« umbenannt worden. Am Inhalt ändert der neue Name aber nichts: Die EU-Mitgliedsstaaten sollen national ihre Rüstungsausgaben erhöhen. Dafür stellt Brüssel Anreize wie günstige Kredite und neue Schuldenregeln bereit. So sollen in den nächsten vier Jahren 800 Milliarden Euro für Aufrüstung mobilisiert werden. Haushaltsdisziplin und Sparvorgaben werden dabei zur Seite geschoben, während sie in anderen Bereichen wie der Energiewende gültig bleiben.

Politik im Sinne der Rüstungsindustrie

Im März 2025 veröffentlichte Andrius Kubilius, der erste EU-Kommissar für Verteidigung, das *Weißbuch zur europäischen Verteidigung*. Dieses beinhaltet neben den »ReArm«-Maßnahmen weitere Vorschläge und verknüpft diese mit bestehenden Programmen. Es kündigte beispielsweise bereits eine

Mitte Juni 2025 von der Kommission verabschiedete Deregulierung zugunsten der Rüstungsindustrie an. Damit sollen Genehmigungsverfahren beschleunigt, Wettbewerbs- oder Umweltvorschriften gelockert und Kriterien für nachhaltige Investments angepasst werden. Im Mai 2025 investierte der Europäische Investitionsfonds (EIF) erstmals im Rüstungsbereich. Eine weitere Entwicklung ist die Öffnung ziviler Programme wie dem Europäischen Kohäsionsfonds für Rüstungsaktivitäten.

Tempo und Ausmaß dieser Entwicklung mögen neu sein; die Militarisierung der EU wird jedoch schon seit einigen Jahren vorangetrieben. Seit 2017 fließen EU-Mittel in die Finanzierung militärischer Forschung und Entwicklung, seit 2023 auch in Beschaffung und Produktion von Rüstungsgütern. Laut dem European Network Against the Arms Trade (ENAAAT) kommen die meisten der aktuellen Pläne nicht überraschend. Sie seien »mehr vom Gleichen, nur schlimmer«.

Und die Rüstungsexportkontrolle?

Während die europäische Rüstungsindustrie immer weiter gefördert wird, gibt es bei der gemeinsamen restriktiven Kontrolle von Rüstungsexporten keine Fortschritte. Tenor ist vielmehr, Exporte zu erleichtern, um die globale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Inwiefern Rüstungsexporte in alle Welt Europas Sicherheit dienen, ist jedoch mehr als fraglich. Wir sind weiterhin überzeugt, dass die EU die Welt nur als Friedensprojekt und nicht als Militärmacht sicherer machen wird.

Charlotte Kehne

Einen ausführlichen Artikel zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Demonstration gegen die Aufrüstung Europas im Juni 2025 in Rom
Foto: dpa





Kalkül statt Glaubwürdigkeit

Im Nahen Osten werden Doppelstandards deutscher Außenpolitik sichtbar

Ein US-amerikanischer B-2-Bomber
Foto: U.S. Air Force

Die Bundesregierung zeigt sich wandelbar: Einerseits verurteilt sie (zurecht) Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine. Gleichzeitig hat sie offenbar keine Bedenken, wenn Israel und die USA ihre Sicherheitsinteressen mit Raketen und B-2-Bombern durchsetzen. So verliert Deutschland seine Glaubwürdigkeit und sät mit am Fundament der regelbasierten Ordnung.

Mit seinen Angriffen gegen den Iran erledigte Israel laut Bundeskanzler Friedrich Merz die »Drecksarbeit für uns alle«. Und auch als die USA schwere bunkerbrechende Bomben auf iranische Atomanlagen abwarfen, sah er »keinen Grund, das zu kritisieren«. Dabei ist die Mehrheit der Völkerrechtlerinnen und Völkerrechtler sich einig, dass beide Angriffe völkerrechtswidrig waren.

Völkerrechtsbrüche müssen Konsequenzen haben

Mit seinen Aussagen entmenschlicht Merz nicht nur die betroffene iranische Zivilbevölkerung, die noch vor drei Jahren für ihre mutigen Demonstrationen gegen das Regime gefeiert wurde. Er erweckt auch den fatalen Eindruck, sich nur dann für die regelbasierte internationale Ordnung einzusetzen, wenn es ihm gerade ins politische Kalkül passt.

Unbestritten: Deutschland hat eine besondere Verantwortung für Israels Sicherheit. Doch das (humanitäre) Völkerrecht gilt auch für die Regierung Netanjahu, die sich nicht erst seit dem Angriff auf den Iran mit dem Vorwurf des Völkerrechtsbruchs konfrontiert sieht. In Gaza werden zivile Ziele angegriffen und dramatisch hohe Zahlen ziviler Opfer

in Kauf genommen. Im Westjordanland treibt Israel seine Siedlungspolitik weiter voran. Wenn das Völkerrecht derart ignoriert wird, muss das Konsequenzen haben – unabhängig davon, um welchen Staat es sich handelt. Dazu gehört auch, sicherzustellen, dass keine deutschen Waffen bei den Völkerrechtsverletzungen zum Einsatz kommen können.

Doppelstandards auch bei Atomwaffen

Die deutschen Doppelstandards zeigen sich auch in der Frage der Nuklearwaffen: Nur wenige Tage nachdem die Bundesregierung die Militärschläge gegen das (vermutete) iranische Atomwaffenprogramm begrüßte, sprach sich der Unions-Fraktionsvorsitzende Jens Spahn für ein europäisches Atomwaffenprogramm unter deutscher Führung aus. Was er dabei nicht erwähnte: Der gleiche Nichtverbreitungsvertrag (NVV), auf dessen Grundlage der Iran keine Atomwaffen entwickeln darf, verbietet auch Deutschland die Teilnahme an einem solchen Programm. Wer soll diese Bundespolitik noch ernst nehmen, wenn sie das nächste Mal die Bedeutung von nuklearer Nichtverbreitung betont?

Das Völkerrecht hat das Ziel, Verbindlichkeit in den Beziehungen zwischen Staaten herzustellen und Konfliktfälle ohne gewaltsame Eskalation zu regeln. Dafür muss es aber für alle Staaten gleichermaßen gelten. Wer Doppelstandards und Sonderrollen zulässt, öffnet Tür und Tor für eine Welt, in der das Recht des Stärkeren gilt. Hoffentlich wird das auch dem Bundeskanzler bald klar.

Charlotte Kehne und Simon Bödecker

Im Schatten des Atompilzes

Kooperationsprojekt zur Atomwaffenpolitik

Das Wissen über Atomwaffen stärken, die Berichte der Überlebenden weitertragen und jungen Menschen an Schulen und Universitäten die Gelegenheit geben, sich mit atomarer Abrüstung auseinanderzusetzen. Das sind die Ziele, die Ohne Rüstung Leben in einem Kooperationsprojekt mit der Friedensakademie Rheinland-Pfalz und weiteren Organisationen angeht.

Ein erstes Ergebnis waren zwei Veranstaltungen in Kaiserslautern: In der idyllischen Kulisse des Japanischen Gartens erinnerten wir am 27. Juni 2025 an die Überlebenden von Atomwaffeneinsätzen und Atomtests. Die Sprecherinnen Aglaja Stadelmann und Isabelle Boslé trugen dazu ausgewählte Geschichten und Zitate vor. Eingerahmt und begleitet wurden diese von den Klängen der Taiko-Trommelgruppe TENNOGAWA. Ein würdevoller Moment des Gedenkens.

Fundierte Einordnungen

Am Folgetag organisierten wir ein Podiumsgespräch auf dem Campus der Universität (RPTU). Unter anderem gab der Nahostexperte Dr. Steffen Hagemann wichtige Einordnungen zum Konflikt zwischen Israel und dem Iran. Aus Tokio zugeschaltet war Dr. Sumiko Hatakeyama, Vorstandsmitglied der Organisation Peace Boat. Sie berichtete darüber, welche außenpolitischen Entwicklungen aktuell in Japan zu beobachten sind.

Im Programmheft zur Veranstaltungsreihe veröffentlichten wir auf rund 100 Seiten sehenswerte Illustrationen von jungen Studierenden der SRH Berlin University. Diese haben sich auf unseren Impuls hin künstlerisch mit Atomwaffen und Atomtests auseinandergesetzt und beeindruckende Werke geschaffen. Restliche Programmhefte erhalten Sie bei unserer Geschäftsstelle.

Planspiel für Schulen

Im Rahmen des Kooperationsprojektes haben wir außerdem ein Planspiel für Schülerinnen und Schüler der oberen Klassenstufen entwickeln lassen. Sie erhalten darin die Aufgabe, für die Bundesregierung Empfehlungen zur künftigen Atomwaffenpolitik auszuarbeiten. Dabei nehmen sie verschiedene Rollen ein und lernen unterschiedliche Sichtweisen und Argumente zum Thema atomare Abrüstung kennen. Ab dem Schuljahr 2025/2026 wird das Planspiel kostenlos für den Einsatz an Schulen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zur Verfügung stehen.

Simon Bödecker

Einen ausführlichen Bericht von den Veranstaltungen, die Zitate der Überlebenden und weitere Informationen zum Kooperationsprojekt finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/hiroshima.

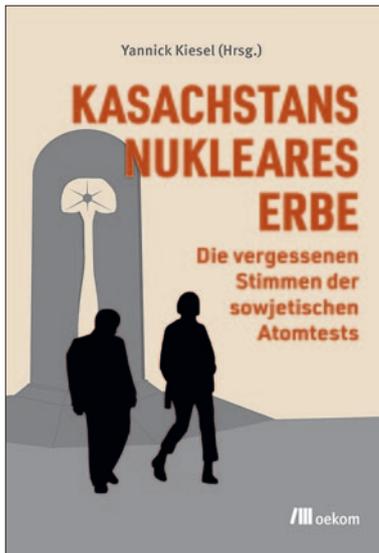
links: Gedenkaktion im Japanischen Garten in Kaiserslautern
Foto: Simon Bödecker

rechts: Dr. Sumiko Hatakeyama (auf der Leinwand), Dr. Steffen Hagemann, Juliane Hauschulz (ICAN), Dr. Gregor Walter-Drop (Friedensakademie) und Simon Bödecker auf dem Podium
Foto: Julian Wisser



Vergessene Stimmen der sowjetischen Atomtests

Sammelband *Kasachstans nukleares Erbe* erschienen



Covergrafik:
oekom Verlag

Strahlenmessung
auf dem ehemali-
gen Testgelände
in Kasachstan
Foto: dpa

»Wir lebten in einem Land, das mit Schweigen infiziert war. Es herrschte Schweigen von uns und über uns«, sagt Maira Abenova. Sie ist Mitgründerin von Polygon 21, einer Organisation, die sich in Kasachstan für die Rechte der Überlebenden der Atomtests einsetzt. Denn auch Jahrzehnte nach der Schließung des Testgeländes leiden unzählige Menschen an den physischen, psychischen und sozialen Folgen radioaktiver Strahlung. Abenova

Das Polygon-Testgelände in Kasachstan war Schauplatz von über 450 Atomwaffentests. Dennoch ist hierzulande kaum etwas darüber bekannt. Um das zu ändern, brach eine Gruppe junger Aktiver im Mai 2024 von Deutschland nach Kasachstan auf. Ihr Ziel: Mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Mit Überlebenden, der Zivilgesellschaft und der Politik. Jetzt haben sie ihre Einsichten und Erkenntnisse in einem lesenswerten Sammelband veröffentlicht.

vermittelte Kontakte zu Betroffenen in Astana und Semei, mit denen die deutsche Delegation sprechen konnte. Einige der Interviews sind im Buch dokumentiert. Es sind intensive, teilweise erschütternde Einblicke in eine Realität zwischen Krankheit und Stigmatisierung aber auch Solidarität und Würde.

Darüber hinaus bietet *Kasachstans nukleares Erbe* einen Teil mit faktenreichen Fachartikeln: Über den Weg des Landes vom Stationierungsort tausender sowjetischer Atomwaffen zur atomwaffenfreien Zone. Zu den gesundheitlichen Auswirkungen von Atomtests, von denen Frauen besonders betroffen sind. Und über das Ringen der Menschen um Anerkennung und Entschädigung. Abgerundet wird der Band durch Reflexionen der Teilnehmenden zu ihrer Reise; insbesondere eine kritische Auseinandersetzung der Gruppe mit den eigenen Perspektiven und ihrer Rolle als weiße Delegationsmitglied.

Das ist keine leichte Lektüre – weder inhaltlich noch emotional. Doch das Thema ist ohnehin zu wichtig, um es auf die leichte Schulter zu nehmen. »Dieses Buch ist ... ein Versuch, das Schweigen zu brechen, das oft die Erfahrungen der Überlebenden umgibt«, sagt der Herausgeber Yannick Kiesel. »So leistet es einen Beitrag zur Erinnerungskultur, die die Menschheit vor den katastrophalen Folgen nuklearer Tests und Technologien mahnen soll.« Dieses wichtige Ziel unterstützt Ohne Rüstung Leben. Daher haben wir die Herausgabe des Buches finanziell bezuschusst und helfen jetzt, es zu verbreiten.

Kasachstans nukleares Erbe. Die vergessenen Stimmen der sowjetischen Atomtests ist im Oekom Verlag München erschienen und kostet 26 Euro. Bestellen Sie Ihr Exemplar – solange der Vorrat reicht – gegen Rechnung direkt bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, 0711 608396, orl-info@gaia.de.

Simon Bödecker



Gefaltete Hoffnungssymbole für Hiroshima

Unzählige Einsendungen zur Aktion »Sadakos Kraniche«



In den letzten Wochen sind bei Ohne Rüstung Leben und unseren Kooperationspartnern unzählige Sendungen mit insgesamt fast 100.000 gefalteten Origami-Kranichen eingegangen.

Mal war es nur ein Einzelner, mal mehrere Tausend. Viele sind wunderschön, überraschend, bunt und filigran. Anderen sieht man die Mühen des ersten Versuches

an. Sie kamen von Schulklassen und Kindergärten, Kirchengemeinden und Organisationen, Familien und engagierten Einzelpersonen.

Die Aktion »Sadakos Kraniche« entstand aus einer Idee: Wer gemeinsam Kraniche faltet, kommt ins Gespräch. Über Atomwaffen und Wege zum Frieden, über Ängste und Hoffnungen.

Wir sind überwältigt und sehr dankbar, dass sich so viele Menschen darauf eingelassen haben. Wie angekündigt haben wir rund ein Viertel der Kraniche jetzt per Luftpost auf den Weg nach Hiroshima gebracht. Dort werden Ihre gefalteten Hoffnungssymbole am Children's Peace Monument aufgehängt.

Simon Bödecker

Fotos: Simon Bödecker (links), Netzwerk Friedenskooperative

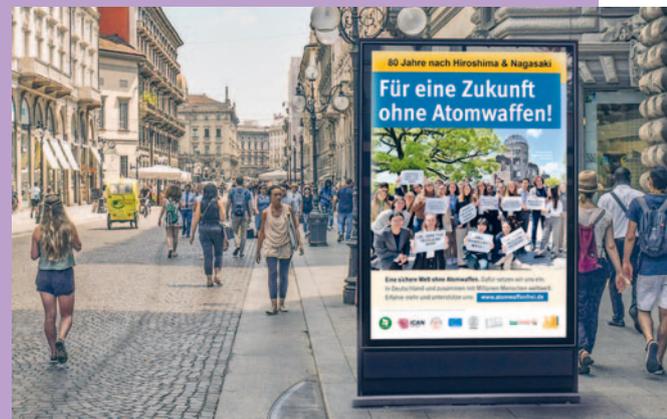
Fotomontage: Simon Bödecker

Plakataktion: Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!

An Bahnhöfen, Kreuzungen und Fußgängerzonen in sechs deutschen Großstädten werden Anfang August 2025 auffällige Plakate zu sehen sein: Ohne Rüstung Leben und seine Partnerorganisationen fordern damit eine Zukunft ohne Atomwaffen. Das Plakatomotiv will aber auch Mut machen. Es betont, dass sich weltweit Millionen Menschen für atomare Abrüstung einsetzen.

In ganz Deutschland wird mit mehreren hundert Mahnwachen und Veranstaltungen an 80 Jahre Hiroshima und Nagasaki erinnert.

Alle Termine, kostenlose Informations- und Aktionsmaterialien zum Thema und die genauen Standorte unserer Plakate finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/hiroshima.



Liebe Leserin, lieber Leser,

kennen Sie das? In der Familie, im Freundeskreis oder am Stammtisch fällt plötzlich ein Satz wie: »Die Bundeswehr wurde kaputtgespart«. Man möchte eigentlich widersprechen, hat aber die Zahlen und Argumente nicht parat. Für solche Situationen haben wir jetzt das Faltblatt »Mythen der Militarisierung« erarbeitet. Es enthält fundierte, gut begründete Gegenargumente zu den häufigsten Behauptungen (Seite 2).

In dieser Ausgabe unserer Zeitung beleuchten wir verschiedene Seiten der aktuellen Aufrüstungs-Debatte. Von der ebenso wichtigen wie vergessenen *Schlussakte von Helsinki* (Seite 3) bis hin zu den erschreckenden völkerrechtlichen Doppelstandards der Bundesregierung im Nahen Osten (Seite 8).

Es ist nicht immer leicht, über all diese Nachrichten nicht die Hoffnung zu verlieren. Umso überwältigter sind wir, dass Sie

gemeinsam mit uns in den letzten Monaten zehntausende Hoffnungssymbole für Hiroshima gefaltet haben (Seite 11).

Meine Bitte: Unterstützen Sie unsere Arbeit auch weiterhin. Indem Sie sich an unseren Aktionen und Veranstaltungen beteiligen. Und mit Ihrer Sommerspende für Ohne Rüstung Leben. Dafür schon jetzt mein ganz herzlicher Dank!



Ihr

Simon Bödecker

Impressum

Herausgeber

Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher Redakteur

Simon Bödecker

Auflage

15.000

Informationen zum Datenschutz

www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz

Redaktionsschluss

9. Juli 2025



Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014 CLASSIC+4 PRESSEPOST Deutsche Post 

Inhalt

1 | Titel

Aufrüstung um jeden Preis

2 | Aktion

Mythen der Militarisierung

3 | Hintergrund

50 Jahre *Schlussakte von Helsinki*

4 | Aktuell

Fachtag »Streitbar für den Frieden«

4 | Aktuell

Appell gegen die Kriegstüchtigkeit

5 | Aktuell

Ökumenisches Friedenszentrum zum Kirchentag in Hannover

6 | Aktion

Neue Normalität für die Rüstungsindustrie?

7 | Hintergrund

Militarisierung Europas: »Mehr vom Gleichen, nur schlimmer«

8 | Aktuell

Kalkül statt Glaubwürdigkeit

9 | Aktion

Im Schatten des Atompilzes

10 | Hintergrund

Vergessene Stimmen der sowjetischen Atomtests

11 | Aktion

Gefaltete Hoffnungssymbole für Hiroshima

Spenden

Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEFIEK1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden